

# fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 7 / 2018

27. September 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossen, liebe Freunde!

Am gestrigen Mittwoch fand die erste Stadtverordnetenversammlung nach der Sommerpause statt.

Dabei wurden wieder viele Themen - oft auch kontrovers - diskutiert.

Über die Inhalte der gestrigen Sitzung, unsere Beiträge und Positionen möchte die SPD-Fraktion mit diesem Newsletter informieren.

Und natürlich laden wir Sie ein, mit uns ins Gespräch zu kommen. Rufen Sie an oder schreiben Sie eine mail und vereinbaren Sie einen Termin.

Ihre/ Eure

Britta Kornmesser



## Werner Jumpertz

### Eine kostenlose Frühstückstafel für Kinder bleibt unser Ziel!



Was Potsdam und auch das CDU-regierte Rathenow können, das kann Brandenburg an der Havel nicht: Grundschulkindern eine gesunde Frühstückstafel anbieten, um einen Lernerfolg für den Tag zu befördern. Lehrerinnen und Lehrer wissen, dass nicht wenige Kinder am Morgen zur Schule kommen, ohne zu Hause gefrühstückt zu haben. Sie stammen aus allen Gesellschaftsschichten. Die Gründe, warum sie im Elternhaus kein Frühstück erhalten, sind unterschiedlich. Gleich ist, dass diese Kinder in der Schule Hunger haben und deswegen vom Unterricht abgelenkt sind. Ihr Lernerfolg hängt davon ab.

Um dem abzuhelpfen hatten wir als SPD in Brandenburg an der Havel vorgeschlagen, wie in Potsdam oder Rathenow auch Grundschulern in unserer Stadt eine Frühstückstafel anzubieten. Aber noch bevor der Antrag veröffentlicht war, schimpften Vertreter von CDU, Freien Wählern und AfD gegen diese Initiative. Es ist müßig hier noch einmal alle Argumente aufzuzählen, die man gegen ein Frühstück für Kinder und gegen den SPD-Antrag nutzte. Ja, und auch wenn es richtig ist, dass die Eltern

für das Frühstück ihrer Kinder verantwortlich sind: Das nützt den Kindern, die Hunger haben gar nichts!!! Uns geht es zuerst um die Kinder! Alles Andere kommt danach.

Deswegen erschüttert es uns als SPD der Stadt Brandenburg, dass für ein Frühstücks-Modellprojekt, wie wir es vorschlugen, keine 30000 Euro zur Verfügung stehen. Da ist es in dieser Stadt leichter, eine Million Euro zusätzlich für den Nahverkehr, 60000 Euro für Laubsäcke oder 60000 Euro für die Tourismusförderung zusätzlich zu bekommen. Dass CDU, Freie Wähler, AfD und FDP das Frühstücksangebot pauschal ablehnten, zeigt deren soziale Kälte.

Die SPD in Brandenburg an der Havel wird die Idee einer kostenlosen Frühstückstafel mit anderen Partnern weiter verfolgen. Aus der Welt ist unsere Initiative nicht.  
Die Kinder sind es uns wert.

## Nicole Näther Kein eigener Ortsteil „Wilhelmsdorf/Eigene Scholle“



Auf der Grundlage der Brandenburgischen Kommunalverfassung können in amtsfreien Gemeinden Ortsteile gebildet werden, wenn diese hinreichend groß sind und eine räumliche Trennung vorliegt. In Brandenburg an der Havel sind bereits acht Ortsteile gebildet worden.

Ein neuer Ortsteil Wilhelmsdorf/Eigene Scholle wäre auch räumlich von der zentralen Stadt klar getrennt. Auch die Verwaltung bestätigte, dass die Bildung eines Ortsteils „Wilhelmsdorf/Eigene Scholle“ rechtlich zulässig ist.

Die Chance, noch rechtzeitig vor den nächsten landesweiten Kommunalwahlen einen eigenen Ortsteil zu bilden und somit wirklich etwas für Ihre Einwohner/innen von Wilhelmsdorf und an der Eigenen Scholle für die Zukunft zu verändern, folgte die Mehrheit der Stadtverordneten in der Diskussion nicht.

Natürlich könnten durch die Einrichtung eines Ortsbeirates nicht die Entscheidungsbefugnisse und somit die Rechte und Pflichten einer Stadtverordnetenversammlung ausgehebelt werden, aber ein künftiger Ortsbeirat Wilhelmsdorf/Eigene Scholle könnte mit den Entscheidungsrechten immer noch gestalten.

Bei Bauleitplanungen, die einen zukünftigen Ortsteil Wilhelmsdorf/Eigene Scholle betreffen, wie z. B. beim Schmöllner Weg, hätte ein Ortsbeirat zwingende Anhörungsrechte. Die Erfahrungen in den vergangenen Jahren zeigten, dass bei der Stadtverordnetenversammlung das Votum eines Ortsbeirates bisher auch besonders gewürdigt und diesem auch entsprochen wurde, sofern es nicht rechtlich unmöglich war.

Aber natürlich müssten die zukünftigen Vertreter eines Ortsteils diese Instrumente auch anwenden und zunächst einmal in das Gremium gewählt werden. Da dem Bürgerbeirat Wilhelmsdorf/Eigene Scholle viele engagierte Mitglieder angehören, waren wir uns sicher, dass das unproblematisch sein dürfte.

Sicherlich habe ich als Ortsvorsteherin für Gollwitz vieles beklagt, es lag letztlich darin, dass Anhörungsrechte nicht beachtet wurden und die Akzeptanz für die Belange der Ortsteile fehlte. Mit viel Ausdauer und noch mehr Optimismus in den letzten beiden Wahlperioden konnte allerdings viel erreicht werden, auch auf Seiten der Verwaltung.

**Daniel Keip**

## **Wichtige Eckpunkte zum Haushalt der Stadt Brandenburg**



Zwei wesentliche Haushaltsvorlagen standen gestern auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Mit dem Bericht zum Haushaltsvollzug 2018 zum Stichtag 30. Juni 2018 wird den Stadtverordneten bereits eine grobe Orientierung über den Stand der bisherigen Einnahmen und Ausgaben aufgezeigt. So ist es möglich Entwicklungen in einzelnen Verwaltungsbereichen bereits zu erkennen, Tendenzen der vergangenen Jahre weiterzuverfolgen und auch erste Aussagen über den voraussichtlichen Jahresabschluss abzuleiten.

Entwickelt sich der städtische Haushalt im zweiten Halbjahr weiterhin so, wie dies bis zum 30. Juni der Fall war, dann kann die Stadt mit einem Jahresüberschuss von etwa 12,169 Millionen Euro im Ergebnishaushalt rechnen. Damit liegt man 13,678 Millionen Euro besser, als es die Verwaltung in ihrem fortgeschriebenen Ansatz selbst angenommen hat. Wesentlich zu dieser Verbesserung und der damit einhergehenden Möglichkeiten Altschulden abzubauen und einen gewissen Haushalts- und Gestaltungsspielraum zurück zu erlangen, sind die Mehrerträge aus Gewerbesteuern (+4 Millionen Euro), höhere Solidarpaktzuweisungen (+4,05 Millionen Euro) und steigende Schlüsselzuweisungen (+3,75 Millionen Euro). Gleichzeitig gibt es aber auch Mehrausgaben, insbesondere im Sozial- und Integrationsbereich, die den Haushalt belasten. Beide Entwicklungen müssen wir im Blick behalten, denn die Zielstellung aller Stadtverordneten ist, Brandenburg weiterzuentwickeln und gleichzeitig den uns belastenden Schuldenberg weiter abzubauen.

Wie gut die aktuelle Entwicklung, durch höhere Steuereinnahmen, bessere Schlüsselzuweisungen und erfolgreiche Haushaltskonsolidierung ist, zeigte sich vor dem Hintergrund einer zweiten Vorlage umso deutlicher. Mit dem Jahresabschluss 2011 der Stadt lag den Stadtverordneten der erste aufgestellte und geprüfte Bericht über die Haushaltsentwicklung für einen Haushalt vor, der nach doppelten Gesichtspunkten aufgestellt ist. So lässt sich aus den Materialien herauslesen, wie sich das städtische Vermögen, die Einnahmen, die Ausgaben und der Besitz der Stadt im Jahr 2011 entwickelt haben.

Während 2011 noch mit einem Defizit von 23 Millionen Euro gerechnet wurde, wissen wir nun, dass der städtische Haushalt ein Minus von (nur) 12,9 Millionen Euro auswies. Wir können somit erstmals ablesen, wie sich das Vermögen verändert hat und sehen – gerade im Vergleich mit dem aktuellen Haushaltsvollzug, wie sich seither die Finanzsituation verändert hat. Maßgeblich durch eigene Anstrengungen und eine gute wirtschaftliche Ausgangssituation in Verbindung mit einer anhaltenden Niedrigzinsphase. Während wir 2011 noch fast 13 Millionen Euro mehr ausgaben, als wir hatten, hat sich dieser Trend mittlerweile umgekehrt und wir haben einen Haushaltsüberschuss, der für wichtige Projekte und den Schuldenabbau verwendet werden kann.

Der Jahresabschluss 2011 war aber noch aus einem anderen Grund wichtig. Nur mit diesem Papier kann zum einen dem Hauptverwaltungsbeamten – ähnlich wie in Konzernen, die Entlastung ausge-

sprochen werden. Zum anderen war das Vorliegen der Jahresabschlüsse der Vorjahre regelmäßig Voraussetzung des Innenministeriums zur Genehmigung des städtischen Haushaltssicherungskonzeptes. Jenes Papier ist dann aufzustellen, wenn eine Stadt Schulden hat und ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen.

Während wir mittlerweile mehr Einnahmen als Ausgaben erzielen, drängen uns noch immer Altschulden. Deshalb muss die Stadt auch weiterhin ein Sicherungskonzept für den Haushalt aufstellen und weiter Ausgabedisziplin halten. Nach der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes in diesem Jahr konnten viele wichtige Projekte angeschoben werden. So konnten Beförderungen ausgesprochen werden, die jahrelang nicht möglich waren und Leistungen gewährt werden, die sonst nur auf Grund von Einzelfallentscheidungen des Kämmerers möglich waren.

Damit wir auch in Zukunft weiter mit einem wirksamen Haushalt arbeiten können, ist es nötig nun auch die Jahresabschlüsse für 2012,2013,2014,2015,2016 und 2017 auf den Weg zu bringen. Eine große Arbeitsbelastung für die Kämmererei – die daneben derzeit den Doppelhaushalt 2019/2020 erstellt, und für das Rechnungsprüfungsamt, das die bereitgestellten Unterlagen dann noch einmal in der Tiefe nach sachlichen, rechnerischen und bilanziellen Schwachstellen prüft. Der Oberbürgermeister machte gestern deutlich, dass die Aufstellung der Jahresabschlüsse in großen Schritten vorankommt und dass derzeit der Jahresabschluss 2012 dem Rechnungsamt zur Prüfung vorliegt. Nur wenn diese wichtigen Haushaltsunterlagen vorliegen, kann man auch valide Aussagen der tatsächlichen Haushaltsführung treffen und erkennen, wie es um den Haushalt, das Vermögen der Stadt und den Werterhalt des städtischen Besitzes bestellt ist.

**Carsten Eichmüller**

**Internatsplätze für Auszubildende sichern. SPD-Antrag erfolgreich.**



Die Meldung in der regionalen MAZ passt zum Thema: Der Landkreis Havelland investiert massiv in die Lehrlingswohnheime seines Oberstufenzentrums in Friesack. Er wird diese Internate selbst betreiben. Mit der Modernisierung sollen die Auszubildenden, die dort wohnen, auch einen kostenlosen WLAN-Zugang erhalten, wie der Bauausschuss des Kreistages fordert.

In Brandenburg an der Havel sind die Verhältnisse anders. Obwohl wir mit dem OSZ „Horst Flakowski“ und dem OSZ „Gebrüder Reichstein“ sogar zwei Oberstufenzentren haben, verfügen wir über kaum attraktive Wohnheimplätze, obwohl es an unseren OSZ´s viele Landesfachklassen (u.a. Konditoren, Karosseriebauer) gibt.

Die Auszubildenden fahren bis zu vier Stunden nach Brandenburg an der Havel. Diese künftigen Fachkräfte sind auf Wohnheimplätze angewiesen. Nachdem die Stadt die Internate in der August-Bebel-Straße und in der Thüringer Straße abreißen ließ, steht bislang fast nur noch das privat betriebene „Caasi“ in der Caasmanstraße zur Verfügung. Auszubildende mit denen wir sprachen, berichteten jedoch, dass ab 1. Februar 2019 die Übernachtungstarife offensichtlich nicht mehr zumutbar sind. Das heißt, dass die Auszubildenden und damit auch unsere OSZ´s ein Unterbringungsproblem haben. Und damit auch die Stadt Brandenburg an der Havel als Schulträger.



Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde die Verwaltung gestern beauftragt, zunächst zu klären, wie die Situation mit den Internatsplätzen ab 1. Februar genau sein wird. Sollte Handlungsbedarf bestehen, wurde die Verwaltung weiterhin beauftragt, mit allen Beteiligten (Schulleitungen, Ausbildungsbetrieben, Auszubildenden) nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Das ist dringend notwendig, weil der Bedarf an Internatsplätzen steigt. Jetzt müssen schnelle Lösungen gefunden werden.

Wenn wir die Attraktivität unserer Oberstufenzentren langfristig sichern wollen, müssen wir mehr moderne Wohnheimplätze anbieten! Aus unserer Sicht sollte die Stadt Brandenburg an der Havel langfristig über ein Wohnheim in städtischer Trägerschaft nachdenken. Der Landkreis Havelland macht es uns gerade vor!

**Udo Geiseler**

## **Ein Beitrag für Bildung. Sonnen- und Wärmeschutzanlagen für viele Schulgebäude.**



Nun ist es amtlich: Neun Schulen in unserer Stadt erhalten 2019/2020 Sonnen- und Wärmeschutzanlagen. Es war eine Forderung, die aus vielen Schulen kam. Bei extremer Sonneneinstrahlung war in vielen Räumen der Unterricht nur noch eingeschränkt möglich. Schon vor zwei Jahren forderte die SPD-Fraktion erstmals die Ausstattung der Schulen mit Wärme- und Sonnenschutz, um die Lernbedingungen für Schüler und Lehrer zu verbessern. Nach langen Diskussionen versprach das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement damals die Ausstattung besonders betroffener Schulen. Aber bislang passierte nur wenig.

Dank einer Bundesförderung wird es aber jetzt gleich an neun Schulen Sonnen- oder Wärmeschutzanlagen geben. Es hat sich gelohnt, dass wir diese Angelegenheit beharrlich verfolgt haben. Wir freuen uns für die Schüler und Lehrer. Und wir begrüßen es, dass jetzt ein Schwerpunkt auf solche Investitionen gelegt wird.

Der lange Sommer hat gezeigt, dass diese Maßnahmen dringend notwendig sind. Nicht nur für den Unterricht in Schulen. Der Klimawandel stellt neue Anforderungen an das Bauen. Bei öffentlichen Bauten sollten wir künftig viel stärker auf Sonnen- und Wärmeschutz achten.

Das betrifft besonders Gebäude, die von Kindern- und Jugendlichen sowie von älteren und kranken Menschen genutzt werden. Dazu werden wir als SPD-Fraktion mit Fachleuten und der Verwaltung das Gespräch suchen, um auf diesem Weg langfristige Wohn-, Lebens- und Arbeitsqualität in der Stadt zu sichern.

Britta Kornmesser

## Bäume aus den Kübeln in der Bauhofstraße werden endlich ausgepflanzt



Die SPD-Fraktion hatte folgenden Antrag zur Beschlussfassung in die SVV eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung die Bäume aus den Kübeln in der Bauhofstraße zeitnah (vor Beginn der Winterperiode 2018/2019) an geeignete Standorte in der Stadt auszupflanzen.“

Das Aufstellen von Kübeln mit Bäumen im Jahr 2015 war ursprünglich als temporäre Maßnahme zur Aufwertung der Bauhofstraße im BUGA-Jahr gedacht. Die Bäume befinden sich nun bereits seit 4 Jahren in den Kübeln. Um ein Überleben der Bäume zu gewährleisten, müssen die Kübel das ganze Jahr über regelmäßig bewässert werden. Dies ist mit einem hohen Aufwand und Kosten verbunden. Inzwischen haben die Bäume eine Größe erreicht, wo ein Auspflanzen aus den beengten Kübeln dringend geboten ist.

Der Gesundheitszustand der Bäume ist bedenklich. Auch die Holzkübel sind inzwischen teilweise reparaturbedürftig. Bereits im Frühjahr letzten Jahres hatte die Fachverwaltung (Fachbereich Bauen und Umwelt) die Notwendigkeit erkannt, die Bäume auszupflanzen und schriftlich mitgeteilt, dass ein weiterer Verbleib der Bäume in den Kübeln nicht zu empfehlen sei.

Leider hat eine Mehrheit der Stadtverordneten aus den Fraktionen CDU und Freien Wählern im letzten Jahr einen entsprechenden Antrag der Fraktion die Grünen – Pro Kirchmöser abgelehnt und gegen ein Auspflanzen der Bäume gestimmt, so dass der Verwaltung bislang die Hände gebunden waren. Mit unserem erneuten Beschlussantrag sollte die Verwaltung nunmehr in die Lage versetzt werden, die Bäume nun endlich noch vor der Winterperiode an geeigneten Standorten in der Stadt auszupflanzen.

Zum Glück hat jetzt die Einsicht bei der Mehrheit der Stadtverordneten gesiegt, dass es darum geht, eine sinnvolle Lösung für die Bäume zu finden und nicht darum aus Prinzip einen Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen. Dies wäre gegenüber den Bürgern wohl auch nicht mehr vermittelbar gewesen. Unser Antrag fand daher eine breite Mehrheit in der SVV. Die Bäume könnten ortsnahe auf dem Gelände der neuen Kita in der Bauhofstraße dauerhaft einen guten Platz finden.

Nicole Näther

## Ein deutliches - JA - zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)



Zur Stärkung eines Öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Brandenburg gehören passende Angebote zur Beförderung, auch in angrenzenden Orts- und Stadtteilen.

Einstimmig folgten gestern die Stadtverordneten dem Antrag der Freien Wähler und der CDU zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung des Öffentlichen Personennahverkehrs für die Ortsteile Klein Kreutz, Plaue, Kirchmöser, Götting, Schmerzke, Wust und Gollwitz und für die Stadtteile, Neuendorf, Wilhelmsdorf sowie Butterlake, insbesondere auch

in den späten Abendstunden und an den Wochenenden.

Für den Fall, dass die bisherige Anbindung der Ortsteile Wust und Gollwitz an den ÖPNV zum Jahresende deutlich verschlechtert bzw. eingestellt wird, wurde die Verwaltung beauftragt, mit den Verkehrsbetrieben Brandenburg eine Anbindung sicherzustellen, die mindestens dem bisherigen Niveau entspricht.

Die Absicherung des Schülerverkehrs in den Ortsteilen und auch die Anbindung an die internationale Begegnungsstätte für jüdische und nichtjüdische Jugendliche in Gollwitz dürften dabei oberste Priorität haben.

Michael Raith

## Bebauungs-Plan für neues Baugebiet auf der Eigenen Scholle



In der Stadtverordnetenversammlung vom 26.09.2018 wurde abschließend über den Bebauungsplan für das Wohngebiet Rehhagen/Eichhorstweg abgestimmt.

Einstimmig wurde beschlossen, dass das Neubauvorhaben beginnen kann.

Widerholt wies die SPD-Fraktion jedoch darauf hin, dass die gesamte Infrastruktur auf den Prüfstand kommen muss.

So sind Gehwege, Straßen, Wasser- und Abwasserleitungen, Einkaufsmöglichkeiten und Spielplätze, sowie die Internetverbindungen teilweise in einem maroden oder nicht mehr zeitgemäßen Zustand.

Die Hoffnung stirbt auch zuletzt bei der Bereitstellung von ausreichend Hort-, Kindergarten- und Krippenplätzen in der nahen Umgebung.

Den neuen Schollanern wünschen wir ein gutes Gelingen beim Bauen.

Herzlich willkommen auf der Eigenen Scholle.